

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Pernsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Weisklein.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Spalten, 2 Spalten und Werbeanzeigen 5 Spalten. — Kleinanzeigenpreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 50 Spaltenpreis.

Donnerstag, 14. August 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich ... wöchentlich 60 Pf. Einzelne durch Straßenbl. u. R. 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postkonton Breslau Nr. 310 60 — Fernsprecher: Breslau Ring 6837.

Die Niedner-Guillotine.

36 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis gegen Arbeiter und Soldaten.

Leipzig, 13. August.

Vor Betreten des Gerichtgebäudes werden von bestimmten Personen außer den Eintrittskarten noch Legitimationen verlangt. Dem nächsten Posten wird dann „Weiß!“ (II) zugerufen, der darauf bei diesem „Weiß!“ nach Waffen sucht. Man scheint Bergeltungsakte für den am Sonntag nach der Protestversammlung gegen den Staatsgerichtshof gemordeten Kommunisten zu befürchten.

Ungef. Fredmann, der von nichts wissen will und der Deutschnationalen Partei angehört, weiß die Möglichkeit, trotzdem die Aufgabe für die SPD übernommen zu haben zürd. Während dieser Vernehmung wird ein Kassiber an Fredmann verlesen, in dem er seine Frau auffordert, ihn in der Kommunistischen Partei anzumelden, da sie dann wöchentlich 10 Mark von der roten Hilfe bekäme.

Nach Stellung eines Beweisantrages, den Rechtsanwalt Dr. Goldstein zur Entlastung Burghardts stellt, wird der noch nicht 21-jährige Genosse Schach vernommen, und zwar anfangs nach dem Verbleib Fiedlers, des angeblichen Geldgebers. Er bestreitet, von Fiedler irgendwie eingeweiht oder in dessen Auftrag in der Kaserne gewesen zu sein. Es seien zwei nicht bekannte Männer in dem Gewerkschaftslokal Dreibert erschienen und hätten ihn gefragt, ob er etwas verdienen wolle. Er solle Säcke holen und diese vorübergehend unterstellen. Er geht mit Fiedler los. Da Fiedler ein Siedlerhäuschen besaß und einigen Platz hatte, packten sie die Säcke aus. Da sagte ich: „Die Säcke haben verfluchte Neugierigkeit mit Handgranaten.“ Das sind ja welche“, sagte Fiedler, „da haben wir uns eine schöne Geschichte eingebrockt.“ — Die Handgranaten haben beide dann in einem überdachten, aber offenen Kellerloch verpackt. Daß das Nichtanzeigen dieses Waffenlagers schwer bestraft wird, bestreitet er gewußt zu haben. Als er ein zweites Mal mit dem Handwagen zu Fiedler kam, nach der Versicherung der Auftraggeber, mit ungefährlichem Material, wurde er verhaftet.

Rechtsanwalt Neumann verliest nach der Vernehmung einen Parteibefehl über absolutes Schweigeverbot für Mitglieder der SPD vor Polizei und Gericht und fragt, ob das den Widerstand früherer Aussagen auf Herantreten von anderer Seite bewirkt habe.

Der Angeklagte Schach weist energisch diese erneute Unterstellung nach dieser Richtung hin zurück und bestreitet entschieden, nach irgendeiner Seite hin beeinflusst zu sein.

Gerhard Fredmann gibt an, daß er in der Schenke, wo er über den Ankauf von Kartoffeln sprach, mit einem Untersuchungsbeamten ins Gespräch kam, der ihm Kartoffeln verpackt, wenn er Handgranaten zum Selbstschuß für ein Gut liefere. Der Unteroffizier Burkhart hat ihm gesagt, er habe unbrauchbare Handgranaten im Keller. Man sei übereingekommen, diese Handgranaten zu liefern. Sie seien im Laden seines Vaters abgegeben und von einem Unbekannten abgeholt worden. Dafür hat er 5 Billionen bekommen.

Fiedler, der erneut vernommen, und dem eine frühere Verurteilung immer wieder vorgehalten wird, verteidigt sich dagegen und sagt:

„Herr Präsident! Ich muß meine Aussagen überhaupt verweigern, wenn Sie immer wieder mit diesem Nichtwissen kommen. Wir sind Arbeiter, wir können uns nicht so verhalten. Genau so wie das Gericht ein Vorurteil gegen Kommunisten hat, so war damals schon bei meiner ersten Verurteilung ein solches Vorurteil vorhanden.“

Er bestreitet, etwas von dem Inhalt der Säcke gewußt zu haben, die von ihm mit Schach auf seinem Grundstück abgeladen wurden. Von einer zweiten und dritten Sendung weiß er nichts, da er bereits verhaftet war, als die Sachen geliefert wurden.

Auf Vorhalt des Rechtsanwalts erklärt Fiedler, daß lange vor den Vorgängen 2 Männer ihm sagten, er solle sich mehr an der Parteiarbeit beteiligen. Er weiß nicht, ob es Mitglieder der Partei waren. Sie hätten gesagt, er würde in nächster Zeit etwas zur Aufbewahrung erhalten. Wenn er etwas sage, werde es ihm schlecht gehen.

Bei der Mittwochverhandlung in Leipzig hielt der Anklagevertreter Neumann eine stundenlange Rede gegen die SPD, und die angeklagten Soldaten und Arbeiter. Es handelte sich um ganz besonders schwere Fälle, es sei gerichtsnotorisch, daß die SPD die Waffendiebstähle ins Werk setzte und daß sie jetzt eine soziale Hege gegen den Staatsgerichtshof entfalte.

Für das Verhalten der Soldaten fehle ihm jeder parlamentarische Ausdruck, es handele sich um die Bedrohung der höchsten Teile des Staates.

Der Rechtsanwalt verteidigt sich ferner zu der ungeheuerlichen Behauptung niederrichterlicher Behauptung, der Widerstand der Angeklagten — denen bekanntlich die Geständnisse durch Drohungen erzwungen wurden — sei auf Befehl der SPD erfolgt. Nicht die Angeklagten, sondern die Führer der SPD, gehören auf die Anklagebank. Auch er verteidigt die niederrichterliche Behauptung.

Nach weiteren unerhörten scharfsinnigen Reden verurteilte der Staatsanwalt hohe Zuchthausstrafen.

Nach Beratung verhängte Blut-Niedner folgendes Urteil:

Fiedler 7 Jahre Zuchthaus, 700 Mk. Geldstrafe; Großmann und Schach je 6 Jahre Zuchthaus und je 500 Mk. Geldstrafe; der Sägeviehhorn, Unteroffizier Burkhart je 8 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Ehrverlust, 800 Mk. Geldstrafe, Entfernung aus dem Heere; Gefreiter Krause 3 Jahre Gefängnis, Dienstentlassung; Unteroffizier Fehling 4 Jahre Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust, Entfernung aus dem Heere, Frau Burkhart 1 Jahr Gefängnis; die Brüder Franz und Bernhard Fredmann, je 7 Jahre Zuchthaus, 7 Jahre Ehrverlust, 700 Mk. Geldstrafe, 3 bis 6 Monate Untersuchungshaft werden den Angeklagten angerechnet.

Sechszwanzig Jahre Zuchthaus, acht Jahre Gefängnis verhängte die Niedner-Justiz gegen Arbeiter und Soldaten, die ein paar lumpige Gewehre aufgetauft haben!

Kein Gericht des Reichs hat jemals derart ungeheure aufreizende Urteile gefällt, als dieser Staatsgerichtshof.

Man muß bis in die Zeiten der Inquisition zurückgehen, um gleichartige Justizverbrechen zu finden.

Dieser Staatsgerichtshof ist vom Reichspräsidenten Ebert zusammengesetzt. Er besteht zu einem großen Teil aus führenden Sozialdemokraten, von denen die Welt noch kein Wort des Protestes gehört hat, obwohl dieser Gerichtshof eine Justizpraxis ausübt, die die Talen Horten-Ingarnis in den Schatten stellt. Niemals gab es im wilhelminischen Deutschland eine solche Justizbarbarei.

Ein paar Gewehre und andere Waffen sollen im vorigen Jahr von Reichwehrgenossen an Arbeiter abgegeben worden sein. Das ist das Verbrechen, das die Arbeiter und Reichwehrgenossen in Leipzig begangen haben. Wenn ist es unbekannt, daß unzählige Waffen an die halentreuzlerischen Organisationen verschoben worden sind? Wo hat man hier von einer Bestrafung gehört?

Aber die Soldaten, die ein paar Gewehre an Arbeiter zur Verteidigung abgegeben haben, werden zu 36 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Ein Sturm der Entrüstung, ein Schrei der Empörung muß durch das Land gehen und aus allen Betrieben, Hütten, Gruben, aus allen Kasernen muß der Ruf ertönen:

Nieder mit der Blutjustiz!
Fort mit dem Lynch-Niedner und dem Staatsgerichtshof!
Heraus mit den Opfern der weißen Justiz!

Ein schwerer Schlag für die SPD.

Unsere Veröffentlichung eines Teiles der chauvinistischen Sekrede des Polizeioberst Lange, anlässlich der Feier des Reichsbanners im Schießwerder, hat auf die „Volkswacht“ und die SPD-Sonnen wie ein rotes Tuch gewirkt.

Immer, wenn die „Volkswacht“ nicht dementieren kann, versucht sie die Tatsachen abzuwehren, und zwar nicht mit Beweisen, sondern in der Art eines Schujungen: „das ist ja nicht wahr“.

Es ist charakteristisch für die „Volkswacht“, daß sie, die doch eher wie wir die Pflicht hat, die Rede ihres Genossen, Polizeioberst Lange, zu veröffentlichen, kein Wort über die Rede verliert. Sie erwähnt auch nicht die Stellen an denen wir „verleumdet“ haben. Es ist richtig, wir haben die ganze Rede nicht gebracht, sind aber bereit, wenn uns die „Volkswacht“ das Stenogramm über die Rede liefert, sie zu veröffentlichen. Den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern werden dann die Augen überlaufen über den Schmutz und den Chauvinismus des „Genossen“ Oberst Lange.

Der Polizeioberst Lange sprach nicht so „pazifistisch“ von der Nichtbeachtung der Kommunisten wie die „Volkswacht“, sondern jagte: „Mit den Kommunisten werden unsere Hundertthausender der Schupo schon fertig werden.“

Wir werden in Zukunft keine „Verleumder“ mehr sein, wenn die „Volkswacht“ den Arbeitern die Wahrheit sagt. Aber wie sagt doch Weitschen-Wierich? „Man darf den Arbeitern die Wahrheit nicht sagen.“ Feine Gesellschaft!

Die Generalausperrung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

Die verschiedenen Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben gestern sämtlichen Arbeitern des Hoch- und Tiefbaus in Rheinland und Westfalen zum 13. August gefordert. Es wird infolge dessen von morgen ab die Arbeit auf allen Bauplätzen in ganz Rheinland und Westfalen ruhen. Von dieser Ausperrung dürften ungefähr 60 bis 70 000 Arbeiter getroffen werden.

Damit ist die angekündigte Generalausperrung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe perfekt geworden. Der Kampf der Bauarbeiter tritt damit in ein entscheidendes Stadium. Jetzt gilt es, dem Unternehmerterror entgegen alle gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden.

Der Unternehmerangriff in Schlessen. Die Aufgaben der Arbeiter.

F. R. Die Krisen des Kapitalismus wirken sich im ganzen Reich, wie auch in der schlesischen Industrie aus. Überall Betriebsstilllegungen, Arbeitszeitverkürzungen, Lohnreduzieren, neues Elend, hungernde Familien, weiteres Ausbreiten der Tuberkulose und der anderen Unterernährungskrankheiten bei den Kindern.

Bier Gebiete von Schlessen sind es, die zurzeit neben vielen anderen Einzelkämpfen als einheitliche Kampfgebiete in die Augen springen.

Die Ausperrung für die niederschlesischen Hüttenindustrie, die Kämpfe der Porzellanarbeiter, die sich entwickelnden Kämpfe in der Textilindustrie, die beginnenden neuen Kämpfe im niederschlesischen Bergrevier.

In allen diesen Kämpfen häuften die Unternehmer mit den Parolen der Ablass- und Geldkrisen, die angeblich nur zu verhindern seien mit 10- bis 12stündiger Arbeitszeit, weiteren Lohnabbau und Beseitigung der Tarifrechte.

Für die richtige Abwehr, für ein erfolgreiches Vorgehen gehen die Ausbeuter ist es für uns Arbeiter wichtig, die Methoden, die Taktik kennen zu lernen, welche die Kapitalherrscher gegen uns anwenden.

Die niederschlesischen Hüttenengewaltigen wählten die Form der Ausperrung, weil sie damit der Arbeiterschaft beweisen wollten, es ist wirklich eine Ablass- und Geldkrise. Gleichzeitig wollen sie damit der von ihnen beeinflussten Regierung die Beweise zu den Sachverständigen-Verhandlungen in die Hände geben, daß die deutsche Wirtschaft gekämpft und die Lasten auf die Besitzlosen abgewälzt werden müssen. Ferner sind die niederschlesischen Hüttenbarone aus dem Arbeitgeberverband ausgestreut, und den Arbeitern die Uneinigkeit der Metallindustriellen vorzutauschen, und dadurch eine geschlossene Kampffront zu verhindern. Die Kämpfe sollen lokalisiert bleiben.

Die Porzellangewaltigen hauen in dieselbe Kerbe, nur geben sie dabei viel dümmere Werke, wie ihre Kollegen aus der Hüttenindustrie. Sie sind auch aus dem schlesischen Arbeitgeberverband ausgestreut (haben trotzdem selbstamerweise! in Weimar an zentralen Sitzungen teilgenommen), fordern aber die Porzellanarbeiter auf, zu verschärften Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sie erreichten dadurch nur eine Verschärfung der Lage. Dem einfachen Arbeiter können wir in hundert Versammlungen, in vielen Flugblättern und Artikeln die Lüge der Stilllegungen nicht besser ins Gehirn hämmern.

In der Textilindustrie der Bezirke Lauban, Landeshut, Wästegiersdorf, Langenbiala und Liegnitz werden schon jetzt Fabriken stillgelegt. Wenn die schlesischen Textilarbeiter, die Nachkommen der schlesischen Weber, deren Bedürfnislosigkeit und Elend sprichwörtlich war, weiter so unterwürdig und nachgiebig bleiben, werden die Unternehmer die Durchführung ihrer Ziele durch Einschüchterung durchsetzen wollen. Die alten Leute, die bis jetzt durch die Demobilisierungsordnung etwas geschützt waren, werden jetzt brutal auf die Straße geworfen, dem Elend überlassen. Die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen werden, wenn sie bei Lohnzahlungen einen schiefen Mund ziehen, entlassen. Hinter den Textilarbeitern steht der Hunger, trotzdem wächst der Konsumstoff auf beiden Seiten.

Genau verschärft sich bei den niederschlesischen Bergkumpeln die Lage. Die Unternehmer treffen Anstalten, neue Lohnreduzierungen, höhere Arbeitszeit und Beseitigung der Tarifverträge durchzuführen. Bereits sind Feiern und Hungerkämpfe im Gange. Ferner wird besonders brutal gegen die 60jährigen Arbeiter vorgegangen. Sie, die sich das Wohlwollen der Steiger und Aufseher durch große Pünktlichkeit, ununterbrochenes Schuften erkaufen wollten, werden jetzt mit dem Zeugnis: wegen unproduktiver Arbeit entlassen. Die Bergkumpeln fordern von ihren Organisationen bereits höhere Löhne und alles deutet darauf hin, daß hier die Arbeiter die Offensive ergreifen werden.

Alle diese verschiedenen Methoden des Kampfes seitens der Unternehmer haben das eine Ziel, neue Verfassungen der Arbeiterschaft um die Lasten des Sachverständigen-Gutachtens, welches die deutsche Delegation in London gnädig unterschreiben darf, auf die Besitzlosen abzuwälzen.

Das ist die Absicht der schlesischen, das ist die Absicht der deutschen Ausbeuter in ihren jetzigen Kämpfen.

Die Sozialdemokraten haben angeklagt dieser Kämpfe ein großes Gebot über Tarifbruch, Betriebsstilllegungs- und Arbeiterangriff, verlangen von der Regierung Einbreiten und ähnliche demokratische und verfassungsmäßige Handlungen.

Sie verlangen das von einer Regierung, die von der Befassung nichts mehr hören will, die sie selbst ans Ruder gebracht haben, denen sie selbst durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz die Geschicke der werktätigen Bevölkerung in die Hände gegeben haben. Das Bürgertum nützt diese Maßnahme nicht ohne Schonung für seine Zwecke aus und kümmert sich um das Geschick der SPD. Dadurch, daß die

Geparatisten-Hochverräter werden begnadigt.

Was geschieht mit den eingelerierten Revolutionären?

In den Amnestie-Verhandlungen zwischen Stresemann und Herzog wird ausdrücklich festgestellt, daß die deutsche Regierung auch alle separatistischen Hochverräter begnadigen muß. Demgegenüber verspricht Herzog die Freilassung der im besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsangehörigen.

Die nationale Regierung verpflichtete sich feierlich in London, alle die Hochverräter, die auf eine Zerstückelung des Reiches, auf die Losreißung des Rheinlandes von Deutschland hinarbeiten und noch hinarbeiten, alle die willigen Werkzeuge des französischen Imperialismus restlos zu begnadigen. Sie erhalten damit einen Freibrief, ihre hochverräterischen Antriebe unter dem wohlwollenden Schutze der französischen Generale und deutscher Behörden unbehindert fortzusetzen.

Gleichzeitig lehnt es die Regierung und die Sozialdemokratie (Bavaria) ab, die 7000 revolutionären Arbeiter, die noch immer hinter Zuchthausgitter schmachten, freizulassen. Jedermann ist es bekannt, daß im besetzten Gebiet nur die Kommunisten den hochverräterischen Treibern der Separatisten allzu entgegengetreten sind und noch entgegenzutreten. In ihrem Kampfe gegen die Separatisten und andere Agenten des französischen Imperialismus haben die kommunistischen Arbeiter Blut geopfert, Zuchthausstrafen von französischen Militärgerichten erduldet.

Läßt die Reichsregierung die revolutionären Kämpfer

in Deutschland weiter im Zuchthaus verrecken, während sie den separatistischen Hochverräter die Freiheit gewährt, so beweist sie damit nur vor aller Welt, daß ihr die Wünsche des französischen „Erbfeindes“ über allem stehen, daß sie kein Interesse an der Erhaltung der Einheit des Reiches hat, daß sie sich dagegen mit dem französischen Militarismus in aller Defektheit verbrüderl zur Verflügung der Reichseinheit und zur Unterdrückung und blutiger Niederschlagung der deutschen Werktätigen.

Diese Haltung der Reichsregierung ist ein würdiges Seitenstück zum Brief des völkischen Führers Esser, der im Bunde mit französischen Generalen und Separatisten die Zerstückelung des Reiches und die Niederschlagung der Kommunisten vorzuziehen.

Kein ehrlicher Arbeiter, kein ehrlicher Beamter oder Angestellter kann diese Haltung der Reichsregierung billigen. Nach dem Beschluß, die Separatisten-Lumpen zu begnadigen, muß in Deutschland millionenfach der Ruf erschallen:

Heraus mit den politischen Gefangenen der deutschen Arbeiterkass!

Restlose Niederschlagung der Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter!

Nieder mit den „Hochverräter“-Prozessen der Niederklass!

Die Hochverräter sind dort zu suchen, wo man sich mit separatistischen Hochverräter verbrüderl!

Die Haarmann-Broschüre verboten.

Im Verlage der Niedersächsischen Arbeiterzeitung in Hannover war eine Broschüre „Zum Fall Haarmann“ erschienen. Die Broschüre trug auf dem Umschlag die Bilder von Noske und Haarmann und das Bild von Rosa Luxemburg. Gewöhnlich ist ein Zeichen ein stummes, unantastbares Ding, es gibt aber Zeichen, die lauter reden als Posaunen und heller leuchten als Fackeln.

In der Broschüre sind die wichtigsten Artikel aus der „N.A.-Ztg.“ zusammengestellt und der politische Hintergrund der Haarmann-Affäre aufgezeigt. In der Broschüre wird darauf hingewiesen, daß Gustav Noske für die Haarmann-Angelegenheit die besondere Verantwortung trägt. Der Vertrieb der Broschüre ist durch das Amtsgericht Hannover verboten, die Broschüre selbst und alle Blätter sind beschlagnahmt worden. Der Beschluß des Amtsgerichts lautet:

In der Strafsache betr. die im Verlag der „N.A.-Z.“ erschienene Broschüre zum Fall Haarmann wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom 30. Juli 1924 gemäß §§ 158, 41 des Str.-O.-B., § 94 der St. P.-O. und § 27 des Reichs-

pressengesetzes die Beschlagnahme aller Exemplare dieser Broschüre, ferner der zur Herstellung des Titelblattes benutzten Blätter und Formen angeordnet, weil die Broschüre eine Beleidigung des Oberpräsidenten Noske enthält und daher der Einziehung unterliegt. Die Beleidigung liegt insbesondere in der Zusammenstellung der Bilder des Oberpräsidenten und des Mörder Haarmann auf dem Umschlag und in den Ausführungen der letzten Seite 32 des Textes.

Hannover, den 30. Juli 1924. Amtsgericht 36, gez.: Behme.

Nachdem Noske die „N.A.-Z.“ verboten hat, damit seine Mißgeschick nicht aufgedeckt werden kann, läßt er jetzt durch das Amtsgericht auch die Broschüre über den Fall Haarmann-Noske verbieten. Er wird aber trotzdem nicht verhindern können, daß die Wahrheit über den Fall Haarmann den breitesten Massen der Arbeiterkass zur Kenntnis gebracht wird.

Roter Frontkämpfertag in Merseburg.

Au demselben Tag, an dem überall in Deutschland die schwarz-rot-goldenen Paraden aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der „freien Verfassung der Welt“ stattfanden, kamen in Merseburg die ersten proletarischen Frontkämpfer in einer Massenversammlung zusammen. Aus dem Appell der Frontkämpfer wurde eine Massenkundgebung, wie sie Merseburg seit langem nicht sah. Auf dem Räumliche wurden die einzelnen Gruppen des Frontkämpferbundes von Schützpolizei, die sich in Häusern und Gräben verborgen hatte, überfallen und durchsucht.

Eine Rath Fühler-Berlesammlung verboten.

Genosse Rath Fühler sollte in Bremen in einer öffentlichen Berlesammlung sprechen. Auf Antrag des Bremer Senats wurde die Berlesammlung vom Reichsminister Jares selbst verboten, weil diese Berlesammlung zur Vorbereitung der von der kommunistischen Partei Deutschlands betriebenen gewalttätigen Umwälzung dienen soll. Diese Berlesammlung des „Perabillanten“ ist die beste Würdigung der Weimarer Verlesammlung. Selbst unter dem militärischen Ausnahmezustand machte General von Seeckt Berlesammlungen der Reichstagsabgeordneten gestatten. Der Innenminister aber will zeigen, daß er die Sabotage noch übertrifft.

Der Aufhebung gegen die SPD. Beurteilung wegen Vertriebs verbotener Flugblätter.

Der Genosse Engel in Ebersfeld war wegen Vertriebs verbotener Flugblätter monatelang in Schutzhaft und erhielt dann einen Strafbefehl über 6 Wochen Gefängnis. In der gerichtlichen Entscheidung über diesen Strafbefehl wurde die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 100 Mk. umgewandelt.

Hier Monate Gefängnis wegen eines Bergehens gegen die Ausnahmeverordnung.

„Im Namen des Volkes“ wurde der Jugendgenosse Artur Schabus aus Magdeburg wegen Weiterführung der verbotenen kommunistischen Jugend in vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Genosse war deswegen mehrere Wochen in Untersuchungshaft gehalten und wurde jetzt auf Grund der Ausnahmeverordnung des Generals Seeckt verurteilt.

Obwohl die Strafe eine unerhört hohe, so ist die Urteilsbegründung direkt beleidigend für den Charakter der Ausnahmeverlesung. Die Urteilsbegründung besagt u. a.:

„Der Führung der Strafe, die Gefängnisstrafe oder Gefängnis sein kann, magte erstere aus der Erwägung ausschließen, daß der Strafbefehl nicht erlassen wurde, wenn er nicht einwandlos

würde sie nicht vom Angeklagten, sondern von seiner Organisation, eben der „kommunistischen Jugend“ deren Interessen er vertreten hat, bezahlt werden. Bei Abmessung der Gefängnisstrafe kamen mildernd die Jugend des Angeklagten, sein offenes Geständnis und seine bisherige Straßlosigkeit auf die Entscheidung in Betracht. Andererseits verlangt die Sicherheit des Reiches, die durch die Tätigkeit des Angeklagten in leitender Stellung erheblich gefährdet wurde, eine erhebliche Strafe. Danach erschien die erkannte Strafe, auf die gemäß § 60 Str.-G.-B. der größte Teil der vom Angeklagten verübten Unteruchungshaft angerechnet wurde, als angemessene Sühne.“

Diese Begründung ist noch ein neuer Beitrag zu der Frage: „Ist Deutschland noch ein Rechtsstaat?“

Standgerichtsbarkeit.

Die hannoversche Justiz will sich an ihren „Hoheitsrechten“ nicht betasten lassen. Damit hat sich nicht nur der jetzige Reichstag, sondern auch der frühere sozialdemokratische Justizminister Radbruch abgefunden.

Nun sind aber die unerhörten, hohen Zuchthausurteile und Festungsstrafen nicht nur von den hannoverschen Volksgerichten, sondern zum großen Teil von den Standgerichten, die feinerzeit von der Reichswehr gebildet worden sind, gefällt worden. Diese Standgerichte verurteilten nach Niederschlagung der Münchener Räterepublik den Landtagsabgeordneten Sauber wegen einer einzigen Rede, die er in Würzburg gehalten hatte, zu 12 Jahren Zuchthaus und den proletarischen Dichter Erich Mühsam zu 15 Jahren Festungshaft. Auch viele andere Genossen die sich genau so wenig aktiv an den Kämpfen in München beteiligten, konnten, weil sie bereits vorher verhaftet wurden, erhielten von den Standgerichten ähnlich hohe Strafen.

Nun sind die Standgerichtsurteile keine Angelegenheit die unter die hannoversche Justizhoheit fallen. Eine Nachprüfung und Korrektur wäre also trotz der hannoverschen „Reservatrechte“ möglich.

Die Genossen sitzen nun bereits seit über 5 Jahren hinter Rerkermauern. Die deutsche Arbeiterkass verlangt stürmisch, daß endlich mit dieser Justizbarbarei Schluß gemacht wird. Wird die Regierung, wird der Reichstag, wird die Sozialdemokratische Partei, die jetzt auf Grund der Londoner Abmachungen die verabschiedeten Separatisten und Landesverräter amnestieren, zu dem hannoverschen Justizskandal weiter schweigen?

Auf Grund von Epithelansagen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Das Leipziger Schwurgericht verhandelte gegen den 20-jährigen Gärtner Prinzki wegen Landfriedensbruch. Er wird beschuldigt, anlässlich einer Gewerkschaftsdemonstration auf einen Schupwachmeister eingeschlagen zu haben. Der Wachmeister konnte aber den Angeklagten nicht belasten. Die Angaben eines Polizeipolizisten, der den Angeklagten feststellen ließ, führten aber zur Verurteilung Prinzkis. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr 6 Monate Zuchthaus, das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Schon wieder Hungerstreik.

Der Genosse Peter Schumann befindet sich seit dem 28. November in Untersuchungshaft. Er ist wegen Hochverrat unter Anklage. Sein Prozess sollte bereits am 16. Mai vor dem Staatsgerichtshof stattfinden. Aus unbekannten Gründen wurde die Verhandlung vertagt. Sein Rechtsbeistand hat gegen das absolut unbegründete Untersuchungshaft Beschwerde erhoben und seine Haftentlassung beantragt. Trotzdem wird der Genosse weiter in Haft gehalten.

Seit dem 26. Juli befindet er sich jetzt im Stuttgarter Untersuchungsgefängnis im Hungerstreik. Seine Gesundheit ist bereits ganz zerrüttet. Es besteht die größte Gefahr für das Leben des widerrechtlich gefangenen Genossen.

Ein neues Kapitel zu der befeuertesten Thatsache des Staatsgerichtshofes.

Unschuldig gefangen.

Seit neun Monaten wird der Genosse Otto Bogt in Ebersfeld unter dem Verdacht des Landfriedensbruch und des Mordes in Untersuchungshaft gehalten. Trotzdem die Anschuldigungen des Genossen von vornherein feststand, wurde die Untersuchung des Endlose hinausgezögert und die Haftbeschwerden abgelehnt. Jetzt, nach neun Monaten, wurde das Verfahren eingestellt, weil selbst der Staatsanwalt mangels von Verdachtsmomenten eine Anklage nicht erheben konnte.

Die Justizbarbareien nehmen kein Ende!

Ein kommunistischer Sieg in Italien.

Der linke Flügel der sozialistischen Partei Italiens beschloß, sich mit der kommunistischen Partei zu vereinen. Dies ist die Omittura für die reaktionäre Politik der Sozialisten in Italien.

Schuldenskränze an die Regierung, an die Gewerbetriebe angeschlossen, die Arbeiter auf Verhandlungen vertrieben, werden die Unternehmer gewinnen, es sei denn, die Arbeiterkass sich dem m. l. h. t. e. G. e. l. d. e. l. b. h. i. n. d. e. S. a. n. d.

Was haben die Betriebsräte, die Gewerkschaften getan, daß die Arbeiterkass der Sias gewählter wird? Die Betriebsräte, die unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsführer stehen, haben verlagert, sie haben die Belegschaften nicht auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Um nicht selbst hinausgeworfen zu werden, wagten sie kein Wort. Die Gewerkschaftsführer unterstützen bewußt die Taktik der Kapitalisten und lokalisieren ebenfalls die Kämpfe, so daß die kämpfenden Arbeiter in der Hälften, Porzellan, Textilindustrie und im Bergbau in Gefahr laufen, einzeln hinterlassen zu werden.

Um die Kämpfe, die die Unternehmer vertrieben, neue Methoden anzuwenden, um ein Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß die Arbeiterkass in allen vier Kampfgebieten gemeinsam vorgeht.

Die Frage der Begnadigung des Kampfes einer Kampfgruppe, muß von dem Sieg aller Kampfgruppen abhängig gemacht werden.

Was haben wir Kommunisten zu tun, daß solche Siege erreicht werden können?

In Belegschaftsversammlungen, in Versammlungen der Ausgesperrten ist zu der Gesamtlage in Schlesien, zur Lage des Reiches Stellung zu nehmen. Ein schlesischer Betriebsrätekongress muß einberufen werden und die einheitliche Leitung für das ganze Gebiet übernehmen. Die Augenblidsforderungen des Betriebsrätekongresses sind dann:

- Beibehaltung des Achtundneunzigsten, Menschengewaltige Löhne, Unteruchung der Arbeitslosen in der Höhe des Existenzminimums.

In den Gemeinde- und Stadtparlamenten müssen die kommunistischen Vertreter die Forderungen stellen: „Gas und elektrisches Licht ist der Streikenden und Ausgesperrten unentbehrlich zu liefern. Die Säuglinge sind mit Milch zu versorgen, die Kinder und Erwachsenen müssen aus Gemeindegeldern warmes Essen erhalten.“

Wir werden sehen, ob auch dieses Mal die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Gemeindevertreter diese Forderungen nicht unterstützen werden und damit sich erneut auf die Seite der bestehenden Klasse stellen. Trotzdem darf sich die Arbeiterkass nicht verwirren, nicht verblüffen lassen. Sie muß weiterkämpfen.

Einem einheitlichen Vorgehen der Unternehmer in Schlesien trotz ihrer verschiedenen Taktik kann nur ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter entgegengestellt werden, dann wird und muß der Sieg unser sein.

Auch die Verschärfungen des Sachverständigen-Gutachtens angenommen.

Bereits vor der Verhandlung der Londoner Konferenz hat die deutsche Kommission das Sachverständigen-Gutachten angenommen. Sie hat sich in einem Protokoll ausdrücklich verpflichtet, alle Maßnahmen zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu treffen. Diese Art hat eine symbolische Bedeutung. Die deutsche Reichsregierung verpflichtet sich, noch bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen worden sind, als loyales Instrument nach der deutschen Kapitalisten, sondern der internationalen Kapitalisten gegen das deutsche Proletariat, gegen die deutschen Kleinbürger. Sie verpflichtet sich nicht nur auf den Versailler Vertrag, sie verpflichtet sich auch für seine Verschärfungen. Der angebliche Kampf der deutschen Bourgeoisie, der angebliche Kampf der gesamten bürgerlichen Parteien gegen den Versailler Friedensvertrag zeigt sich in seiner kranken Nachsicht. Die ganzen Tiraden, die die bürgerlichen Parteien mit Stresemann, Marx, Luther usw. an der Spitze gegen das Versailler Abkommen führen, enden damit, daß die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags noch verschärft werden. Verschärft und die Funktionen des deutschen Kapitals unterstützen freiwillig vor Abschluß der Verhandlungen das Verschärfen der loyalen Durchführung.

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Plan der Sachverständigen in Wirksamkeit zu setzen und sein davorstehendes Funktionieren zu sichern; insbesondere wird die deutsche Regierung:
 - a) alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Gesetzgebung und Verwaltungsmaßnahmen (insbesondere die Gesetzgebung die von diesem Zweck erforderlich sind, in der von der Reparationskommission genehmigten Form zu verabschieden und ihre Durchführung zu fördern,
 - b) alle Bestimmungen auszuüben, die in der Anlage I hinsichtlich der Aufsicht über die verabschiedeten Entschlüsse zum Zweck der Sicherung der Jahresleistungen des Sachverständigen-Gutachtens aus und hinsichtlich anderer Gegenstände enthalten sind.

Die Reparationskommission dagegen verpflichtet sich lediglich, die Ausgabe einer deutschen Anleihe zu erleichtern und Änderungen finanzieller und technischer Art vorzunehmen, die notwendig sind, um dem Sachverständigen-Gutachten volle Wirksamkeit zu geben“. Ausdrücklich wird hier festgestellt, daß keine Änderung der Aufhebung, keine sonstigen Änderungen vorgenommen werden.

Neues zum Gleitschiff-Gefängnis-Skandal.

Der Herr Gefängnisvorsteher des Gleitschiff-Gefängnisses wird zum Wort angefordert!

Es ist wahr, Herr Gefängnisvorsteher, daß am Sonntag, den 9. d. Mts. im Wirtshaus eine Hausdurchsuchung wurde? Sollte dies wahr sein und der Fall ein Kulturereignis, fragen wir Sie an, weshalb trotz dieses Fundes das Gefängnis weiter ausgesetzt wurde. Oder ist es der Gefängnisverwaltung nicht bekannt, daß die Inhaftierung eines solchen Gefangenen nicht nur ein Elend erzeugt, sondern daß dieser Gefangene ein Hindernis und die größte Gefahr besteht, irgendeine Straftat unter den Gefangenen zum Ausbruch zu bringen.

Beliebt wird weiterhin auch die Frage erlaucht sein, warum nach dem Fund der Röhre nicht ausgewandert wurde und die Röhre des Wirtshaus bei der Abendstunde verbrannt wurde? Beliebt wird sich der Herr Präsident der Strafgefängnisverwaltung darüber interessieren oder aber auch die Staatsanwaltschaft hat Gelegenheit, das Wort zu ergreifen.

Wir verlangen strengste Nachprüfung dieser Angelegenheit. Einige Interessenten.

Obiger Vorfall soll von Gefangenen der ersten Abteilung gesehen und auch gemeldet worden sein. Wie was mitgeteilt wird, verurteilt aber die Gefängnisverwaltung jetzt einen Dieb daraus zu machen, indem sie behauptet, die Haus durchsuchung sei in dem Wirtshaus durchgeführt worden.

Sämtliche Funktionäre haben heute abend um 7 Uhr auf der Ortsleitung, Liebitzer Str. 50, zwecks wichtiger Besprechung zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Warum noch keine Antwort?

Von drei Wochen wegen die Behörden nicht zu antworten.

Am 25. Juli stellten wir folgendes fest: In Nummer 76 forderten wir die Staatsanwaltschaft auf, zu antworten auf die Anfragen, die unter dem Titel: Der geheimnisvolle Tod eines Arbeiters erhoben wurden.

In Nr. 77 fragten wir das Wohnungsamt: Warum bekommen die Wohnungslöcher keine Wohnung? Ein Herr Schöner, Moritzstraße 6, bewohnt als einzelne Person 5 Zimmer und eine Küche.

In Nummer 81 verlangten wir unter dem Titel: „Immer noch wilmittliche Wahrzeichen“ die Befestigung des königlichen Adlers in der Vorhalle des Oberlandesgerichts. Weiter die Entfernung von sechs Hohenzollernbildern im Saal 22 des Oberlandesgerichts.

Ferner forderten wir Aufklärung über die Mächenschaften in der Kircafferserne, die wir mit der Ueberschrift: Korruption in der Reichswehr? kennzeichneten.

In Nummer 85 richteten wir einen Offenen Brief an das Wohlfahrtsamt Breslau! Auf diese Anfragen, Forderungen und Fragen haben Staatsanwaltschaft, Wohnungsamt, Oberlandesgericht, Eisenbahn-Direktion und Wohlfahrtsamt nicht geantwortet.

Wenn die Staatsanwaltschaft nicht in Verdacht kommen will, selbst die Aufdeckung des geheimnisvollen Todes eines Arbeiters zu verhindern, muß sie antworten.

Wenn das Wohnungsamt nicht in den Verdacht von Durchstechereien kommen will, muß es antworten.

Wenn das Oberlandesgericht und die Eisenbahndirektion nicht als monarchistisch gebunden werden wollen, müssen sie für Befreiung der wilmittlichen Wahrzeichen sorgen.

Wenn das Wohlfahrtsamt nicht der Sabotage der Wohlfahrtspflege überführt sein will, muß es antworten.

Auf alle diese Anschuldigungen sind uns noch keine Beantwortungen zugegangen. Wir verlängern heute noch das Sündenregister und verlangen Antwort.

In Nr. 91 schilderten wir unter der Ueberschrift: „Durch Hunger enttäuscht“ die Leiden des Arbeiters Jüder und verlangten von der Stadt Breslau, vom Wohlfahrtsamt und vom städt. Gastwerk, daß sich diese Stellen des 3. annehmen.

In Nr. 96 brachten wir einen Nachschrei der nicht wieder eingestellten Angestellten der alten städtischen Straßenbahn (Gräbchen).

In Nr. 99 verlangten wir vom Polizeipräsidenten Auskunft über die Mächenschaften wegen dem neuen Industriegebiet vor Breslau.

In Nr. 100 meldeten wir dem Wohnungsamt: „Wieder eine leerstehende Wohnung!“ Sollten die Behörden sich erneut vor einer Antwort drücken wollen, dann würde das den Schluß zulassen, daß wir in Breslau staatl. und städt. Stellen haben, die sich mit unlauberen Geschäften befassen.

Darum fordern wir im Interesse der werftätigen Bevölkerung Antwort!

Unglaubliche Zustände bei der Straßenbahn.

Ein Straßenbahner schreibt uns: Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 9 Stunden. Durch die Verlängerung der Pkzzeit bis 1 Uhr nachts ist ein sogenannter Nachverkehr eingerichtet. Dadurch ist der Verwaltung die Möglichkeit gegeben, mindestens 50 bis 60 Erwerbslose einzustellen. Aber die Verwaltung mit den christlichen Betriebsräten lassen die Fahrmaschinen länger fahren und zahlen ihnen lieber anderthalb Stunden (das sind ganze 82 Mg.) als Ueberstunden. Wenn z. B. ein Straßenbahner der Linie 2 um 1.30 Uhr mittags anfährt, ist er 1.15 Uhr nachts fertig. Meistens hat ein solcher Straßenbahner zwei Tage hintereinander diesen Dienst von 11 Stunden, das sind im ganzen 22 Stunden. Davon werden nur drei Stunden als Ueberstunden bezahlt. Es kommt vor, wie an dem Kummel in Hartlieb, daß Leute bis 1 Uhr nachts gefahren haben, nachher abrechnen mußten und frühmorgens um 5 Uhr schon wieder ausgefahren sind.

Wo bleibt bei allen diesen Zuständen der Betriebsrat? Wo bleibt die gesetzliche Arbeitsruhe?

Die Verwaltung sorgt durch besonders gemeine Ober- und Unterführer dafür, daß die Straßenbahner dauernd schikaniert werden und einer dauernd hinter ihnen mit der Peitsche steht. So bekommt z. B. der Oberfahrer Erlertamb fertig, mit der Uhr in der Hand die Ueberstunden zu kontrollieren. Vor kurzem hatte ein Schaffner der Gräbcher Bahn, der die Rundbahn fuhr, abends um 11 Uhr das Bedürfnis keine Notdurft zu verrichten. Herr Erlertamb stellte den Schaffner zur Rede, machte Meldung, weil er zwei Minuten dazu gebraucht hatte.

Es ist Zeit, daß die Straßenbahner selbst einmal auftreten und verlangen, daß an Stelle der Ueberstundenbesetzung neue Arbeitskräfte eingestellt werden.

Die „Volkswacht“ schwindelt — Wie schlecht muß ihre Sache sein!

In der gestrigen Nummer verucht die „Volkswacht“ den Nachweis zu führen, daß die Sozialdemokraten nicht im Landtage für die Fleischhölle eingetreten sind. Sie erklären, wir hätten geschwindelt.

Wir erklären dazu folgendes: 1. Wir halten die Behauptung aufrecht. Wir brauchen sie nicht beweisen, da das durch den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Rektor Simon (Rechts) geschehen ist. In der öffentlichen Versammlung am Montag, den 28. Juli, zu Breslau, erklärte die SPD-Führer, daß die SPD auch unter gewissen Bedingungen Lebensmittel zutunnen würde. Das ist schon ein Beweis.

2. Herr Seilmann hat im Landtagsprotokoll den Ausschuss des Preuss. Landtages erklärt, daß die SPD Station für die Fleischhölle stimmen werde. Genau so, wie sich die Reichstagen. Wir ersick davon drückt konkret auf unsere Anfragen zu antworten, wird sich auch hier die „Volkswacht“ hüten, etwas zu unternehmen. Sie fürchtet die Wahrheit!

Arbeiter Sport.

Wettkämpfe im Ringen und Gewichtheben des Bezirks Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Als Leistungsprüfung seiner Mitglieder hat der Breslauer Bezirk Wettkämpfe in beiden Sportarten ab. Für Jugendliche ist nur Ringen gestattet, welches in vier Gewichtsklassen bis

zu 90, 100, 110 Pfund und bis 140 Pfund vor sich geht. Die Jugendwettkämpfe finden am 17. August, 9 Uhr vormittags, in der Turnhalle Gellingsplatz statt. Am gleichen Tage starten die Senioren im Gewichtheben in 7 Klassen. Am Sonntag, den 24. August, in gleicher Halle, 9 Uhr vormittags, Ringen der Seniorenklassen vom Fliegen- bis zum Schwergewicht. Jeder Freund des Arbeitersports ist hiermit freundlich eingeladen. Die Bezirksleitung.

Athletiksportverein „Germania 1897“ Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens im Jahre 1922 stifteten einige alte Gründer eine Plakette, welche zur Förderung des Ringports gedacht ist und im Besitze des Vereins bleibt. Die diesjährigen Kämpfe, an denen sich eine stattliche Zahl von Sportkollegen beteiligten, wurden während der Übungsstunden in der Turnhalle Poststraße ausgetragen und ergaben nach schönen Kämpfen zwischen leichten und schweren Gegnern folgendes Resultat:

1. Erwin Franzel, 2. J. Ahmann, 3. O. Seibt, 4. M. Buchwitz, 5. J. Janz, 6. H. Walfch.

Spiel- und Sportfest am 14. September auf dem E. S. L. Sportplatz, Freie Turnerschaft, Stadtbezirk Gräbchen.

Wir machen alle Arbeitersportvereine aufmerksam, die Meldungen zu den leichtathletischen Wettkämpfen rechtzeitig aufzusenden. Bei den Meldungen für die Mannschaftskämpfe ist die Sportkleidung genau anzugeben. Wer zuerst meldet, kann in der angegebenen Sportkleidung starten, jedoch später einlaufende Meldungen müssen nach unseren Anweisungen einer kleinen Änderung in der Kleidung unterzogen werden. Dadurch wird jede Mannschaft erkennlich. Alle aktiven Teilnehmer am Fest haben den Stillau selbstig zu über. Verläumt nicht die gemeinsamen Übungsabende an jedem Sonnabend in der Turnhalle Reichstraße, und zwar von 6-7 für Mädchen, von 7-8 Knaben, von 8-9 Sportlerinnen, von 9-10 Sportler.

Die Vereine und Abteilungen möchten uns gleichzeitig mitteilen, ob sie uns gute Stoppbühnen zur Verfügung stellen können, wieviel Kampfrichter, Bahn-, Ziel- und Linienrichter sie mitbringen. Die Bezirksvereine möchten möglichst alle schon am 13. September, abends, entressen, denn am 14. September, früh 8 Uhr, sind die Vorkämpfe, Vorläufe, Ausscheidungskämpfe usw. Die Bezirksvereine müssen also noch die genaue Ankunft, die gesamte Teilnehmerzahl (ob Eheleute oder Solo) angeben, wieviel Mädchen und Knaben kommen usw. Wer spät meldet, muß schließlich Notquartier belegen. Für alle aktiven Teilnehmer ist am 14. September, vormittags, eine Hauptprobe des Massenlaufes, und wenn möglich, eine Probe der Freilübungen, die Knaben, Mädchen und Sportlerinnen die Kraftübungen, die Sportler die Übungen aus der Turnzeitung Nr. 9. Alle Auskunft erteilt W. Friedrich, Breslau, Wildenbruchstraße 21.

Meldefluß ist am 31. August.

Genosse!

Du bist befecht von der Solidarität mit unseren insaltrierten Brüdern.

hast Du schon organisiert

und agitiert für die „Rote Hilfe“? Wenn nicht, dann beeile Dich.

die „Rote Hilfe“

muß ausgebaut werden, muß ergiebiger fließen.

im Betrieb?

Ja, im Betrieb ist ihr Ursprung und ihre Kraft!

Arbeiterfrauen und Partei.

Die Straß haben eine Breche geschlagen. Die Massen der Frauen, bisher abseits stehend und nicht interessiert an den Kämpfen der Männer, sie kamen zu Tausenden, hörten die Berichte, legten Gruben und Hütten still und kämpften mutig und unergründlich für den Achtundentag.

Nach dem Streik sind sie wieder still geworden, als seien sie erschreckt ob ihrer eigenen Kühnheit.

Die Frau muß heraus aus ihrem London Noß, mit auf die Straße, mit in die Kampfront. Sie muß heraus aus dem Beicht, fuhr und den Krallen der Wäster. — heraus aus ihres Geistes Enge. Nicht Gebärmaschine und arglistiges Weibchen, nein, Klassenkämpferin, an der Seite des Mannes, soll das Los der Arbeiterfrau werden. Deshalb muß die Frau sich politisch organisieren. Deshalb soll sie Mitglied der kommunistischen Partei sein und teilnehmen an dem Leben und den Kämpfen der Partei. Sie darf nicht sprechen vor Pfaffen und Schwelmsüppe.

Das eine wollen wir: die proletarische Mutter kämpft um das Glück ihrer Kinder, wie eine Witwin ihr Junges verteidigt!

Die proletarische Frau kämpft um das Glück ihrer Ehe verzwiebelt, denn das Kapital schlägt ihrem Mann die Knochen kaputt und gibt ihm Schnaps, damit er seine Frau verprügelt.

Es soll die Aufgabe aller Männer sein, die Frau in den Klassenkampf hineinzuführen, nicht sie politisch zu verachten. Es soll die Aufgabe aller aufgeschärten Kommunistinnen sein, neue Genossinnen zu werben. Eine kämpfende Einheitsfront soll gebaut werden, nicht nur Einheitsfront der Arbeiter verschiedener Ferse, sondern alle Männer und Frauen des werftätigen Volkes.

Achtundentag und höherer Lohn, befristeter Urlaub und freie Demutstöße, soziale Fürsorge und Arbeitslosenversicherung, politische Rechenschaft oder revolutionäre Bestimmung, Kampf und Sieg des Kommunismus, das alles ist zugleich Sache der Arbeiterfrau.

Aus der Partei.

Warnung vor einem Lumpen.

Dieser Tage meldete sich auf dem Sekretariat der KPD ein gewisser Ewald Jelle, der angab Bergmann zu sein und vom Vorstand in Oberschlesien zu stammen. Er erklärte, wegen Sprengstoffvergehen gesucht zu werden. Unsere eingeschickten Erkundigungen ergaben, daß all seine Angaben auf Schwindel beruhen. Wir hatten diesen Eindruck schon, als er bei uns vortrat, denn ihm war die Nachprüfung unsererseits sehr unangenehm und erklärte, abreiten zu müssen. Er ist groß gewachsen, hat hart hervortretende Backenknochen, schwarze, lebende Augen, trägt das Haar kurz geföhren, hat zwar Arbeits-hände, macht aber sonst eher den Eindruck eines Offiziers als eines Bergmannes. Sein Sprachgeheim ist hart, scheint aber trotzdem kein Oberschlesier zu sein; er geht elegant angezogen (trug leicht blauen Anzug).

Wir machen alle Ortsgruppen und Genossen hierdurch öffentlich auf diesen Kerl aufmerksam und verlangen von ihnen, den Kerl unter allen Umständen abzuweisen. Er scheint es darauf abgesehen zu haben, einen Ausweis zu erlangen, da er seinen angeblich hat im Sicht lassen müssen.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Landeshut. Der Lokalberichterstatter der „Bergwacht“ ein Obier her fallen Nächte und der heißen Tage. Zu dieser Feststellung muß ein jeder Leser der in Nr. 181 verzapften Feststellungen kommen, wo es wieder um gilt, den bleimal verfluchten und taufendmal folgert Kommissar ein auszuweisen. Anlaß in unseren öffentlichen Versammlungen mit unbeschränkter Redezeit den Meinungsstreu über brennende politische und wirtschaftliche Fragen auszu-tragen, vertreiben sich diese Feiglinge in ihre geschlossenen „öffentlichen“ Mitgliederberathungen, wo sie dann nach Herzenslust verdröhen und verleumden können. Ersreulicherweise sind diese Versammlungen, entsprechend dem Gebotenen, recht bürstig besucht. Selbst eine Leuchte wie der Landtagsabgeordnete Frisch, im Nebenberuf Bauleiter des Bezirksarbeiterverbandes, konnte es, trotz guter Rede und einem solch wichtigen Vortragsstema wie das Sachverständigengutachten, nicht auf über drei Duzend Besucher hinausbringen. Was in Zusammenkünften an Verdröhen, Verleumdungen und Denunziationen nicht ge-leistet wird, das holt der als politischer Hartkorn der Arbeiter bekannte Berichterstatter der „Bergwacht“ nach. Anlaß: Dem Ziel. „Ein Wohnungsmieter aus dem benachbarten Oberleppersdorf“ wird wegen der Annahme eines Beschlusses der dortigen Gemeindevertretung auf 250 Prozent Gebäudesteuer den Wählern der Vortwurf gemacht, was für eine Dummbille sie bei den letzten Gemeinderatswahlen gemacht haben, indem sie SPD und bürgerlich wählten. Also, die Kommunisten sind wieder frei nach Schiller, Schuld an der neuen ungeheuerlichen Belastung der Mieter. Wir stellen fest, daß der Sozialdemokrat Friedrich Reimann die Arbeiten zur Aufstellung einer Vorschlagsliste erledigt hat und daß leider diesmal kein einziger für ein ver-antwortlich zu machender Genosse gewählt worden ist. Es muß wirklich klümm um das Sein des Berichterstatters ausfallen, wenn er seine eigenen Genossen nicht mehr erkennt. Bei dieser Gelegenheit muß dem Verlangen der Einwohner Oberleppersdorf und der Brettenau auf baldige Wiederherstellung des Ver-bindungsfestes Rechnung getragen werden. Hier können Geld-mangel und Einsprüche der Anlieger nicht berücksichtigt werden. Zur Ausbesserung der von den Autos zerfahrenen Straßen und Schaulaufen hat es noch immer Geld gehabt, trotzdem hier nicht te Geseher am verlorenen Kriege und der Politik der Nach-kriegszeit in Betracht kommen. Derselben Bößwitt und Hübe wie von Oberleppersdorf leidet sich der Berichterstatter auch unter Hartmannsdorf, wo er schreibt: Die Kommunisten, die sich alle Mühe gegeben haben, unsere Ortsgruppe zu zerrüttern, stehen heute wie die betäubten Vögger bei Seite und müssen zugehören, daß sie hier keine Ortsgruppe mehr (bestand nur in der Phantale des erhiteten Berichterstatters) haben, während unsere letzte Ueberziehung 51 zahlende Mitglieder aufwies. Also 50 Prozent Mitgliederverlust seit April dieses Jahres und 40 Prozent Stimmenverlust seit den Landtagswahlen, das ist das Fazit eines Schiller bei seiner vielseitigen Tätigkeit gegen die Kommunisten.

In der Zeit der Verfassungsfeste der freiesten Republik der Welt ziemt es sich, über Theorie und Praxis der von den Sozialdemokraten soviel gepriesenen Weimarer Verfassung ein-zugehen. Während Artikel 109 der Verfassung besagt, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, können Beobachtungen gemacht werden, welche Zweifel an der Beachtung der Ver-fassung mit Recht aufkommen lassen. Ginge da vor längerer Zeit eine für die städtische Gasanstalt bestimmte Fuhrer Kohle einen gelehrt nicht einwandfreien Weg in einen Privatbesitz?

Wiederholte Anfragen im Magistrat über die Verfolgung der Angelegenheit wurden dahin beantwortet, daß der Staatsanwalt die Sache in den Händen habe. Nun stellt sich heraus, daß durch Erlass von anderer Kohle die Sache als erledigt betrachtet wurde. Hier muß die Frage aufgeworfen werden: auf Grund welcher Bestimmungen der Staatsanwalt eine im Laufe sich befindliche Strafsache der hiesigen Behörde zur straflosen Regelung wieder zurückgegeben hat; wenn nicht der Verdacht aufzuheben soll, daß der Magistrat vom Bürger-meister angezogen worden ist. Ein anderer Fall: Ein hiesiger Kaufmannssohn gibt einen vom Zehntelollar auf 10 Dollar gefällchten Dollar zwei Arbeitern zum Auswaschen. Die Arbeiter, nichtsahnend, bekommen gewechselt, und auch ein Straf-geld. Mehrere Tage darauf kommt die Fällchung heraus und die Arbeiter werden zur Vernehmung aufs Polizeiamt ge-laden. Nur dem Umfande, daß der Kaufmannssohn ermittelt und überführt werden konnte, ist es zu danken, wenn die von der Polizei Arbeitern gegenüber geübte Schmeidegilt im Protokollver-zicht nicht in Anwendung kam. Bezeichnend aber ist die Ent-schuldigung des Betnehmenden vor dem Bourgeoisie-Spreßling, daß, wenn man gewußt hätte, daß er in Frage komme, die Sache anders angefaßt worden wäre. Das sind vorläufig nur zwei Beispiele vom Orte, die zeigen, wie die Gleichheit vor dem Gesetz sich praktisch auswirkt. Ein Arbeiter, der aus Not Kohle oder sonstige Notwendiges stiehlt, wird richtungslos be-straft, ein Mensch, der ohne Not sich einen Vorteil verschafft, wird keine bestraft. Weiter heißt es in Artikel 151 der Ver-fassung: Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grund-sätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. Wie sieht es aber hier in der Wirklichkeit aus? Während die Kaufkraft der Arbeiter, selbst bei Vollarbeit, gegenüber der Vorkriegszeit um über die Hälfte gesunken ist, Kurzarbeiter in der Textil-industrie und in anderen Berufen mit tariflich vereinbarten Hungerlöhnen von 10 Mark, 8 Mark und darunter abgehafft werden, sind die Arbeitslosen und Arbeitslosen direkt der Verzweiflung überlassen. Während ein Minister die Stunde 11 Mark erhält, ein Bürgermeister in Gruppe 13 2 Mark be-kommt, verdient ein Beamter in Gruppe 2 30 Pfennige, bekommt ein Erwerbsloser 9 Pfennige und ein Invalidenrentner 6 Pf-nig pro Stunde. So sieht die Praxis bei Beachtung der Ver-fassung in Wirklichkeit aus. Aus diesem Grunde ist es ver-ständlich, wenn große Teile der Bevölkerung den in diesen Tagen stattgefundenen Feiern gleichgültig gegenüberstehen und erst obige Artikel der Verfassung durchgeföhrt wissen wollen, dann gäbe es nicht übergroßes Glend für die große Masse, keine Klassenjustiz und auch keine Schuppstschande.

Oppeln. Die Republik in Gefahr. Vor etwa einem Jahr fand bei Jawadzki eine Streikversammlung statt, in der Genosse Maknowski u. a. auch Abrechnung mit der bolschewi-schen Regierung und Korfanty hielt. Als er hinausginge auf einen Zwischenruf eines Polen, daß es in Deutschland nicht besser sei, erhob die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage, weil durch verschiedene Ausbrüche, wie Verräter an der Arbeiterkraft usw. die Regierungsmitglieder Gert und Hörsing beleidigt worden seien.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurde Maknowski zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Wie ist es Hitler, Kahr, Kunge, Wulle und den anderen Faschistenbanditen ergangen? Jedesmal wenn diese Sorte Hitler auf die Regierung zu sprechen kommen, da heißt es „grob-Subversion“, „marxistisch verfaßte Regierung“, aber von einem Gefängnisurteil haben wir noch nichts gehört.

Reinhardt. Selbstmordversuch. Der Bauer Paul Ur-banek aus Rosenberg hatte seine Stiefmutter erschlagen. Er war testamentlich verpflichtet, für sie lebenslanglich zu sorgen und befand sich mit ihr im ständigen Streit.

Im Gefängnis Jütz schlug er eine Scheibe ein und versuchte sich mit Glasplittern die Vulsader zu erschneiden. Dorn-mäßig wird er am Leben bleiben.

Kriegstage im „Vorwärts“.

Von Ernst Meyer.

Die Nachricht vom Attentat in Serajewo traf mich in einem kleinen pommerischen Fischerdorf. Zu meinem großen Entsetzen waren die Sommerfrischler und Einwohner, die auch nur einen öffentlichen Anschlag zu Gesicht bekommen, sich sofort darüber einig, daß man den Serben eins auf den Kopf geben müßte. Diese Neuerung von Kriegsstimmung in kleinbürgerlichen Kreisen wirkte auf mich wie ein Scheinwerfer, der mit einem Male das geheime Ziel der Mittelmächte aufstellte. Die ruhige Versicherung Hilferdings, der als Außenredakteur Mitte Juli seinen Urlaub antrat, mit dem Bemerkten, „es wird keinen Krieg geben, nach ein paar Tagen ist die ganze Geschichte vorüber“ überzeugte mich keineswegs. Die Vertretung Hilferdings im Außenressort des „Vorwärts“ machte es mir dann möglich, an Hand der Presse und der sonstigen Informationen, die systematische Vorbereitung des Krieges durch Oesterreich und Deutschland in allen Phasen zu verfolgen. Besonders auffällig erschienen mir die Bemühungen des Reichsanzlers Bethmann-Hollweg, um den Partei- und Fraktionsvorstand von der „Friedensliebe“ der deutschen Regierung zu überzeugen. Die Vertrauenslosigkeit der SPD-Führer gegenüber diesen Versuchen, die SPD einzuseifen, erregte sofort bei mir Befürchtungen, daß der Parteivorstand darauf hineinfallen würde. Trotzdem hielt ich es für unmöglich, daß Reichstagsfraktion und Parteivorstand vor Wilhelm II. glatt kapitulieren würden. Ich forderte im Berliner Zentralvorstand, daß die Partei die Friedensdemonstrationen fortsetze und steigere. Das wurde abgelehnt. Aber daß mindestens die Fraktion parlamentarisch Opposition treiben werde, hielt ich für selbstverständlich, da die Partei sich durch ihre Presse und durch Resolutionen gegen den friedlosen Angriffskrieg Oesterreichs und gegen die Unterstützung Oesterreichs durch Deutschland festgelegt hatte. Dafür sprach auch die Reise Hermann Müllers nach Paris, mit dem Auftrage des Parteivorstandes, mit den französischen Sozialisten eine gleiche Aktion der Kreditablehnung zu verabreden.

Dann kam die Nachricht über die Zustimmung der Fraktion zu den Krediten. Sie wirkte auf die ganze Redaktion wie ein Donnererschlag. Niemand von uns hatte das erwartet und alle von Ströbel bis Heinrich Cunow waren voller Aufregung. Die Redaktion unterzeichnete einen schriftlichen Protest gegen die Kreditbewilligung, der von Cunow verfaßt wurde.

Prager publiziert in seiner Geschichte der MSP die Redaktionsserklärung im Wortlaut und die Namen der Unterzeichner. Trotzdem er durch eine Zuschrift an die „Freiheit“, die dieses Dokument vor Erscheinen des Buches veröffentlicht hatte, meinerseits darauf aufmerksam gemacht worden war, daß mein Name in dem Abdruck fehlte, hatte er es nicht für nötig gehalten, wenigstens in der Buchausgabe die Lücke auszufüllen. Auch die „Freiheit“ weigerte sich, die von mir zugesandte Berichtigung abzdrukken. Ich muß daher annehmen, daß die Fortlassung meines Namens absichtlich erfolgte, weil man den „Spartakisten“ nicht erwähnen wollte. Am Nachmittag des 4. August erschien auch Rosa Luxemburg in der Redaktion. Sie war von dem Verrat der SPD so aufgewühlt, daß sie nach wenigen Worten in einen Weintrampf ausbrach. Ernst Däumig sprach schon damals die Anklageformel der späteren MSP gegen die Kommunisten aus: „Dabei hat das Frauenzimmer durch ihre übertriebene Opposition an dieser Parteientwicklung selbst schuld.“

Es ist schwer zu sagen, was bei den Parteivorstandsmittgliedern größer war: der zynische Verrat aller proletarischer Interessen, oder seine Unfähigkeit, politische Zusammenhänge zu erfassen. So erklärte mir Philipp Scheidemann in den ersten Flugblättern nach einer Pressekommissionssitzung: Eng. and. das von Deutschland nicht im mindesten bedroht ist, hat doch gar keinen Anlaß, sich in den Krieg einzumischen! Bei solchen Beständen der imperialistischen Ursachen des Krieges und der diplomatischen Vorgänge kurz vor Ausbruch des Krieges vermochte ich nichts zu erwidern.

Die Beziehungen unter den oppositionellen Genossen waren in wenigen Tagen zerfallen. Der Kampf gegen den Krieg

und gegen die SPD-Politik wurde sofort organisiert. Als „Vorwärts“-Redakteur war es mir ein leichtes, allerlei Material aus der Presse, aus Zensurbefehlen und sonstigen in den Redaktionen erhältlichen Informationen als Depositionsmaterial zusammenzustellen. Wir gaben für unsere Redner Vortragsdispositionen heraus, denen dann gedruckte Flugblätter und Broschüren über die Schuld am Kriege, über den Annexionswahnsinn und ähnliche Themen folgten. Der „Vorwärts“ wurde dabei zur „Hochburg“ der illegalen Arbeit. Die Besuche oppositioneller Genossen in der Redaktion häuften sich; auch Rosa und Karl gehörten dazu. Zuweilen stellten einzelne Genossen große Pakete mit illegalem Material bei mir unter. Kleinere Mengen von Flugblättern usw. hatte ich immer an der Hand, um Besucher aus der Provinz zu versorgen. Als Versteck eigneten sich ausgezeichnet die vielen Wandchränke in dem Korridor der Redaktion im neuen „Vorwärts“-Gebäude, Lindenstraße 3, die als Aufbewahrungsraum für alte Zeitungen und sonstige Manufaktur dienten.

Den Militärbehörden und dem Parteivorstand blieb diese nicht ganz übliche redaktionelle Arbeit nicht verborgen. Nach meiner Rückkehr von Zimmerwald stellte man mich für einige Wochen mit Eberlein wegen Herstellung illegaler Broschüren in Untersuchungshaft. Als ich herauskam, bemühte sich der Parteivorstand, mich los zu werden. In einem von Rosa Luxemburg geschriebenen Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ (1916) war mit dem Mittel der Beitragsperre durch ganze Organisationen gedroht worden, falls die SPD nicht ihre Bürgerkriegspolitik aufgeben würde. Ich hatte das Flugblatt zunächst zu einem Berliner Bruder gebracht, der für uns illegale Sachen herstellte, gleichzeitig aber auch für die SPD-Organisation arbeitete. Nach einem Tage brachte er mir merkwürdigerweise das Flugblatt zurück. Ich gab es dann an eine unserer Provinzdruckereien weiter. Ein paar Tage später aber erschienen Hermann Müller und Richard Fischer in meinem Redaktionszimmer, mir meine sofortige Entlassung „wegen parteischädigenden Verhaltens“ mitzuteilen. Als Begründung mußte das Flugblatt herhalten. Nach dem alten Parteistatut durften Anfechtung und Entlassung nur vom Parteivorstand und der Pressekommission Berlins gemeinsam vorgenommen werden. Ich rief aus Rat von Rosa Luxemburg die Pressekommission an, die sich weigerte, der Entlassung zuzustimmen. Der Verlag zahlte mir zwar kein Gehalt mehr, aber ich blieb weiter lustig in der Redaktion. Schließlich ordnete Fischer an, daß die Seher nicht mehr Manuskript mit meiner Handschrift annehmen dürften. Darauf diktierte ich meine Artikel; die Anweisung an die Seher fügte irgendein Kollege hinzu. Diese Art der Redaktionsarbeit hatte immerhin den Vorteil für mich, daß ich noch mehr Zeit für die illegale Arbeit gewann. Das war um so notwendiger, als Pieß und Eberlein einbezogen waren. Liebknecht in Untersuchungshaft, seiner Zuchthausstrafe entgangen, und Rosa am 10. Juli 1916 in Schuchhaft gefesselt wurde. Schließlich wurde die Kontrollkommission als oberste Parteinstanz zur Entscheidung angerufen. Stadthagen sandte mir nach Rienthal ein Telegramm, ich müßte zu dieser feierlichen Sitzung selbst erscheinen. Die Kontrollkommission lehnte mit Stimmengleichheit meine Entlassung durch den Parteivorstand ab. Aber der Parteivorstand erklärte, durch diesen Beschluß habe die Kontrollkommission sich selbst ausgeschaltet und die Entlassung bestehe daher zu Recht. Das änderte an meinem Verhalten gar nichts. Ich mußte zur Unterstützung der Autorität der Pressekommission die mir auch das Gehalt zahlte, weiter im „Vorwärts“ bleiben. Da legten die offenen Denunziationen der SPD-Preise ein. Meinen Agitationsreisen nach Frankfurt, Rheinland-Weitzalen, an die Wasserfronte und nach Breslau lief ein Artikel Stampiers voraus, der mit dem Satz begann: „Es reifen Leute im Lande herum, die den Generalfreik predigen“. (Es war die Zeit der Vorbereitung der Demonstrationstreiks für Liebknecht.) Noch offener war die „Chemnitzer Volksstimme“, in der mich Heilmann und Koste wiederholt als Herausgeber illegaler Druckschriften, besonders für die Jugend, denunzierten. Ein paar Stunden nach meiner Rückkehr von Breslau sah ich bereits in der Stadtvoigtei.

Damit endete auch meine Tätigkeit im „Vorwärts“.

Eine Erinnerung zum Nachdenken.

Es war 1915. Die Parteiführer machten in Vaterlands- und Jugend Deutschlands, dessen Vorsitzender Frise Ebert war, traten für die „Jugendkompanien“ ein. „Körperliche Erleichterung“, „damit die Jugend nicht auf dumme Gedanken kommt“ und ähnliche spießbürgerliche nationalistische Mährchen schrieben sie der proletarischen Jugend, den Müttern und Frauen auf. Es war ja konsequent für diese Heimkrieger, daß sie so Laiaendienste der Regierung Wilhelms und dessen Trabanten leisteten. Die Durchführung der Zwangs-Jugendkompanien scheiterte aber an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Das hielt jedoch die Unentwegten der SPD nicht ab, ihre Propaganda auf diesem Gebiet fortzusetzen.

In Neukölln, wo die Opposition gegen die Kriegspolitik stark war, versuchte diese natürlich auch die Mitglieder der Partei aufzuklären. Das wählten die Verräter des Proletariats! Sie sorgten dafür, daß überall die „Krimis“ die Versammlungen an günstiger Stelle belauschten konnten.

So geschah es auch am 14. April 1916. In einer gut besuchten Distriktsfrauenversammlung, es waren etwa 170 Genossinnen anwesend, sprach ich über „Jugendkompanien oder Kriegerkampft“. Die Stimmung der Versammlung war eine gute. — Verkohlten kamen alle ergraute, mir gut bekannte Genossinnen, Mütter, die bereits ihren Sohn verloren, alte Genossen, die der Jörn über den Verrat der Partei verzehrte, und drückten mir warm die Hand — stumm, kein Wort — nur das eine Empfinden: Noch ist unsere Sache nicht verloren.

Wer vom ersten Tage des Krieges die Kriegspolitik der Partei bekämpfte, wird wissen, wie hoch das Herz wohl schlug, ob solcher Erlebnisse. Die Ernüchterung kam noch am Abend. Zwei Kriminalbeamten der Abt. Ia erkundeten meinen Namen. Da wurde der Jörn noch größer. Die Ueberzeugung noch fester. Es war mir klar, daß Kriminalpolizei und die „Mehrschichtsfahrer“ der Partei zusammen arbeiteten. Die Dinge nahmen ihren Lauf. Am 17. April Aufforderung des Generalkommandos V, den Militärpark einzuenden. Am 19. April der Maulkorb — das Verbot, Reden zu halten, organisatorisch und schriftstellerisch tätig zu sein. Trotz Entscheidung des Königsberger Generalkommandos, 6 Monate Dienstunfähigkeit, am 25. April Entlassung, dann —

Eine Erinnerung zum Nachdenken.

Literatur

„Die Front.“

Heute sind alle Zeitungen voll von den Erinnerungen an den Weltkrieg. Auch die revolutionäre Presse veröffentlicht Kriegserlebnisse der Arbeiter während des Weltkrieges. Wir müssen aber eingestehen: Manchmal scheint es uns, als ob doch dieser oder jener unserer Genossen durch seine eigene Schilderung zu gibt, daß er keine rühmliche Rolle im Kampf gegen den imperialistischen Krieg 1914 gespielt hat. Ein anderes Bild gibt uns die Schilderung der „Front“ von Larissa Reifner, Verlag für Literatur und Politik, Wien 1924 (158 Seiten, Preis 1,20 Mark). Dort ist es die Front des proletarischen Bürgerkrieges gegen die weiße Armee. Das Heldentum der Kämpfe an der Wolga, von Kasan bis Astrachan, die Kämpfe der Wolgastrotz der Roten Armee werden dort gelungen. Lebendig stehen alle die Gestalten der Roten Matrosen, der früheren bürgerlichen Schiffsoffiziere, die sich anfangs nur widerwillig zum Dienst melden, um nachher freiwillig für die Arbeiter- und Bauernarmee zu kämpfen, die Frauen der kämpfenden Krieger vor Augen. Und wie Genossen klagen immer, daß die Parteigenossen sich nicht viel um die Literatur der kommunistischen Tageszeitungen kümmern, sie wollen mehr Unterhaltungsliteratur. Das Buch der Genossin Larissa Reifner ist hier ein gutes Mittel, um unter den Frauen Propagandaarbeit zu leisten für den Bürgerkrieg, für die Rote Armee. Man möchte fast das Buch auf eine Stufe stellen mit Barbusse „Schilderung des Weltkrieges“.

Farbige Winde.

Erzählung von Wassowolod Iwanow.

Uebersetzt von Karl Szymanski, Hamburg 22

„Warum bist du hergekommen?“ fragte Nikitin Hart, aber leise. „Ich weiß nicht, Burche“, antwortete Nikitin ruhig. „Das Klagen — verstehe ich nicht. Vielleicht müßte ich auch etwas, weshalb ich mich beklagen könnte... aber das Klagen steht mir nicht an!“ Und fügte hinzu: „Nimm mich mit zu den Anstiehlern. Man kann mich dort... Ihr seid hier fremd und mich achtet man. Ihr könnt ja reden und ich werde mich umsehen...“ Die Lippen feindselig verengend, wandte sich Nikitin ab. Schwieg. Nach einer Weile sagte er: „Gut. Ich fürchte mich nicht. Komm mit.“

Blau wird die Erde. Dunkelblau trauern die Augen Natschja Maximownas. Sie geht eine Weile durch die Stube, legt sich dann hin, seufzt. „Wie werden also hier überwintern, Nikitawitschka?“ „Hier.“ „Ach, mein Gott!... Das Volk ist fremd, armelig — kein Vieh und keine Schaufel haben sie im Haus.“ „Wird schon alles kommen.“ „Und so verwahrloht ist alles, keiner tut etwas!“ Der blaue Flur flüstert mit dem Hof. Durch den dunkelblauen Hof geht ein Schnarchen. „Sie werden es schon lernen!“ „Ich habe heute hier zweimal ausgefegt, es nützt alles nichts... es ist wieder alles voller Schmutz!“ Violetts summert der Bart Nikitins. Die Stimme ist schwarz und fern. „Wird schon besser werden...“ „Denn man hier gebären muß — hier gibt es wohl gar keine Gebarmen...“ Schwarzblau strebt der Wind zum Himmel. Strich über die Berge, lauchte im Walde unter, um im warmen feuchten

XIII.

Die gelbe feste Brust des Tales strebt nach Freiheit. Aber die steilen bewaldeten Gebirgshänge geben nicht nach. Eber und Bären brechen sich Bahn durch dürres Gesträuch. Die Neugierigen empfinden sie auf den Plätzen der Dörfer. Dichte, nach Menschenhülle riechende Haufen versammelten sich um die Leute aus der Fuchshütte. Der Staub schwebte die Luft über dem Platz. Die fremden gelben Strohdächer leuchteten. Aber die Gesichter waren vertraut — staubig, behaart, braunschwarz. Tief dröhnte es aus Hunderten von Kehlen. „Man soll uns in Ruhe lassen!...“ „Wir wollen nicht!...“ „Wir geben unser Land nicht her.“ Und des Abends zogen lange Menschenketten über die steinernen Straßen zu der Fuchshütte. Man fuhr von einer Anstiedlung zur andern. Die feingliedrigen Pferde wurden gewechselt. Durch steile Schluchten mit schütterem orangegoldenem Walde fuhren sie ins Tal Kopoij hinab. Man sagte ihnen, daß berittene Wäitz und Kosakenpatrouillen ihnen auf der Spur seien. „Hast du Angst?“ fragte Nikitin. Nikitins antwortete langsam: „Nein.“ Man schlief im Walde. In den Siedlungen war es zu gefährlich. Nikitins trödelte auf einem Miß seine Fuchshütte. Die zusammengelassenen Pferde schaukelten. Die Nächte waren kalt und blau. Nikitin sagte einmal: „Der Serbe sagte — der Bauer sei Dreck. Es ist wahr. Der ist wie Teig.“ „Und du, Burche, bist du die Gese?“ fragte Nikitins. „Ich bin der Teigtrug. Die Gese ist etwas anderes.“ Nikitins wärmte seine erfrorenen Hände über dem Feuer und fügte hinzu: „Du weicht es selbst. Du bist anders. Du bist nicht der Teig. Kehre um. Was willst du mit uns?“ „Ich will nicht“, sagte Löwer und hartnäckig Nikitins. „Ich lehre nicht um.“

„Petersburg.“ Nikitins Jesimtsch trat zur Wand: „Wo? Hier? So-o... Und unsere Siedlung Taliza? Wo ist die?“ „Die ist nicht drauf.“ „Nicht drauf?“ fragte Nikitins. „War nicht da? Aber sie hätte doch da sein müssen.“ Er schweig eine Weile, seufzte auf und lehnte zum Tisch zurück. „Aber vielleicht braucht sie auch wirklich nicht da zu sein. Die Siedlung Taliza!“ Abends sagte er zu Nikitin: „Weißt du, ich fahre nach der Fuchshütte. Man muß nachdenken. Ich verstehe nichts. Man versammelt sich, schreibt, haufen von Menschen. Als ich zu Haus war, habe ich immer nur auf der Viehhütte nachdenken können.“ Nikitin lächelte trocken. „Fahr zu. Du sehnst dich wohl nach deinem Weib?“ Weich aufstehend, ging Nikitins nach der anderen Ecke des Zimmers. Sein Gesicht war fremd und, wie Sträubel über der Schlucht, hingen die Brauen über den Augen. „Nicht jeder versteht es sich nach dem Weibe zu sehnen. Du sehnst dich wohl gar nicht.“ „Nein.“ „Das ist schlecht. Der Mensch muß sich nach etwas sehnen.“ „Auch ich tue es.“ „Ich weiß es.“ „Auch ich tue es.“ „Ich weiß es.“ Er gähnte langsam und träge. „Du, Nikitin sehnst dich nach den Menschen, und ich nach dem Glauben... Du hast es leichter — du hast die Menschen neben dir.“ Er strich sich über die Brust und ging einige Male hin Zimmer auf und ab. Dichter Staub lag auf den ungeschwämmen Schulbänken. Der Wind schüttelte die Wände der Stube. „Weißt du, Nikitin, ich ferne bei euch das Weiden. Aber irgendein Nagel fehlt doch in eurer Seele...“ „Was für einer?“ „Der wichtigste. Vielleicht gerade der, der das am meisten vermehrt. Das Volk quält sich zum Verreck, und du hast schlägt zu!“

Der 3. Kongress der R.G.Z. und die Aufgaben der Opposition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

1.

Der 3. Kongress der R.G.Z. hat in seiner Entscheidung zu den nächsten Aufgaben die taktische Linie der R.G.Z. erneut bestätigt und klarer und schärfer, entsprechend den gegenwärtigen Bedingungen festgelegt.

Die der R.G.Z. angegliederten Organisationen und oppositionellen Minderheiten haben in allen Ländern die Aufgabe mit größter Entschiedenheit für die Eroberung der Gewerkschaften gegen ihre Verfallung, und für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung im nationalen und internationalen Maßstabe zu kämpfen.

Der Kampf zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit kann als ein Beispiel auf die Propaganda unserer revolutionären Ideologie, als eine Unterwerfung unter die Reformisten nicht aufgefaßt werden. Dieser Kampf ist im Gegenteil ein

entschiedener Kampf gegen jedwede Neukurierung des Reformismus in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung. Die revolutionären Gewerkschafter müssen stets bestrebt sein, das verräterische Wesen des Reformismus zu enthüllen und allen Arbeitern, die das noch nicht eingesehen haben, unermüdet Klar zu machen, daß der Reformismus die Rolle eines Semmelbröckchens im Befreiungskampf des Proletariats spielt.

Die Abgrenzung gegenüber dem Reformismus hat der Kongress der R.G.Z. gegeben durch die praktische Stellungnahme zu einer Reihe die Arbeiterschaft aufs stärkste berührender Fragen.

1. **Kampf um den Achtstundentag-Maximal-Arbeitszeit** — kein Ausweichen vor dem Kampf, kein Kompromiß für Überstunden, Führung des Kampfes mit den schärfsten Mitteln, Herstellung internationaler Kampfgenossenschaft. Die beste Sicherung für den Achtstundentag ist der Kampf um die weitere Verkürzung der Arbeitszeit und der Kampf um die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess.

2. **Zur Reparationsfrage und Sachverständigenurteilen** — Kampf gegen alle Versuche, die Reparationsfrage auf Kosten der Arbeiterschaft zu lösen. Das Dawes-Gutachten ist der raffinierteste Plan zur Verflüchtung der Arbeiter. Ohne Zerreißung dieses Vertrages gibt es keine Befreiung der Arbeiterschaft.

3. **In allen Ländern muß ein Kampf geführt werden für die Bildung von Betriebsräten.** In den Ländern, in denen Betriebsräte schon bestehen, müssen die Betriebsräte zu einem Machtfaktor gemacht werden. Mehr als bisher müssen die Betriebsräte in Organen des Kampfes um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und der Kontrolle der Produktion werden.

Die Folterkammer der Republik.

Der Reichsausschuß des Preussischen Landtages beschließt die Zuchthäuser.

Nach langem Drängen durch die kommunistischen Mitglieder hat endlich der Reichsausschuß des Preussischen Landtages den Zuchthäusern Celle, Lüneburg, Rendsburg und Juchsbüttel einen Besuch abgestattet. Aus diesen Strafanstalten liegen Hunderte von Gefangenen über Mißhandlungen und schlechte Behandlungen von Seiten des Arztes und des Gefängnispersonals vor.

In der Strafhaft Celle

wurden mehrere Gefangenenzellen besichtigt. Eine besteht aus einem vollkommen leeren, dunklen Loch. Der Fußboden ist zementiert und in dieser Folterkammer müssen Gefangene, die gegen die Hausordnung verstoßen, sich

Folternacht ausleben

und sich bis zu 6 Wochen aufhalten. In diesem Raum ist gar nichts vorhanden, kein Stuhl, kein Wasser, ja es fehlt sogar der bekannteste Kübel zur Verrichtung der Notdurft. Wie das liebe Vieh müssen die Gefangenen ihre Notdurft in irgendeiner Ecke der Zelle verrichten und sie sind gezwungen, in diesem Gestank zu leben. — Eine andere Zelle wird als der sogenannte Löwentag bezeichnet. Dieser besteht aus armen Eisenklammern.

Als Bett dient eine aus Steinen gewonnene Pralle.

In dieser Zelle befand sich ein bleicher Mensch, der am ganzen Körper zitterte.

Die Arme waren ihm durch eine 10 Pfund schwere Eisenkette anscheinend gehalten. Um den Leib hatte der Gefangene einen Eisenringel und an diesem war die Eisenkette befestigt, so daß es ihm unmöglich war, die Hände zu bewegen.

Der Gefangene ist verurteilt worden drei Wochen lang in dieser Stellung auszuharren. Sechs Wochen solcher Haft bedeuten für einen Gefangenen den sicheren Tod. Bezeichnend ist, daß kein Wort der Empörung über die Lippen der „Republikaner“ ging, als sie diese mittelalterliche Folterkammer sahen. In dieser Strafanstalt sind 648 Gefangene. Die Gefangenen bekommen sich durchweg über die Robeit des Direktors und des Arztes.

In der berühmten Halle Cölnburg wurde die Verhaftung der Arbeiter bewirkt.

Was mag wohl dort von den Folterkammern alles verborgener gehalten werden? Einige Gefangene für die Strafzuchthaus gegeben war. Hagten in leuchtenden Worten ihre fürchterlichen Leiden, die sie in Cölnburg auszuhalten haben. Cölnburg ist eine 20 Jahre alte, von dem hannoverschen König erbaute Strafanstalt. Hier wurden

Gefangene, für die die Todesstrafe zu gehende war, langsam zu Tode gemartert.

Ob nun, nachdem die Volksvertreter diese unheilbaren Zustände des Strafvollzuges selbst in Augenschein genommen haben, eine Umänderung eintritt? Wir zweifeln daran. Da nach bis Aktion der Arbeiterschaft nachhelfen!

Der große Württembergische Kommunistenprozess vor dem Staatsgerichtshof.

Am 12., 13. und 14. August findet vor dem Reichsgericht der Hochverratsprozess gegen die Genossen Landtagsabgeordneten Schuch und Roder, dem Reichstagsabgeordneten Stettin, dem Jugendsekretär und sechs anderen Genossen statt.

4. Besonders wichtig ist die Herausbildung einer Streitstrategie, d. h. die Herausbildung der besten Methoden und Mittel, die Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen und sie zu einer erfolgreichen Gegenoffensive zu führen. Die allen Methoden des nur-gewerkschaftlichen Kampfes, wie sie in der Vorkriegszeit Geltung hatten und auch jetzt noch von den Reformisten angewendet werden, führen nur zu Niederlagen. Gegen den Gegner, der den Staatsapparat beherrscht, der in mächtigsten Trübs organisiert ist, der Wertpolizei und technische Nothilfe geschaffen hat und alle Machtmittel rücksichtslos benützt, muß auch das Proletariat entsprechende Kampfmittel anwenden und seine Organisationen aufbauen.

5. Mit dem revolutionären Befreiungskampf untrennbar verbunden ist das Verhältnis der Gewerkschaften

- a) zum politischen Kampf und seiner Führerin, der revolutionären Partei. Die R.G.Z. kämpft gegen die „Neutralität“ und für die enge Kampfgenossenschaft mit der kommunistischen Internationale;
- b) zu der arbeitenden Landbevölkerung — ohne deren Gewinnung bzw. Neutralisierung die Durchführung der proletarischen Revolution mit ungeheuren Opfern verbunden, wenn nicht gar unmöglich ist;
- c) zu den proletarischen Genossenschaften — die aus Instrumenten kapitalistischer Warenverteilung zu Organen des Klassenkampfes, zu Proviandämtern der proletarischen Massenbewegung gemacht werden müssen;
- d) zu den Frauen und der Jugend — der Kampf des Proletariats gegen seine Unterdrücker ist ein Kampf der ganzen Arbeiterklasse, aus dem die Frauen und die Jugendlichen nicht ausgeschlossen werden können.

Der 3. Kongress der R.G.Z. macht die Arbeiterklasse aufmerksam auf die große Gefahr, die ihr durch den Faschismus in seinen verschiedenen nationalen und internationalen Erscheinungsformen droht. Der Faschismus ist ein Kampfmittel der Bourgeoisie, das sie in der gegenwärtigen Periode anwendet zur Zerschlagung und Niederschlagung der Arbeiterbewegung. Diese Gefahr wird um so größer, als die Faschisten der revolutionären Arbeiterschaft zum Teil die Agitationsmethoden und Organisationsformen nachgeahmt haben und wegen der arbeitserföndlichen Politik der Reformisten erfolgreich anwenden. In welcher Form der Faschismus auch immer erscheint, es ist die Aufgabe der Arbeiter, ihn mit allen Mitteln auszurotten.

Der Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschafter Deutschlands begrüßt die Beschlüsse des 3. Kongresses der R.G.Z. und verpflichtet alle ihm angeschlossenen Organisationen, tatkräftig für ihre Durchführung in ihrem Arbeitsbereich zu wirken. (Fortsetzung folgt.)

Es ist bekannt, daß die Angeklagten seit dem Herbst 1923 in Schutzhaft waren, am Weihnachtstag freigelassen wurden, aber am anderen Tage wieder bei einer Zusammenkunft im Stuttgarter Theaterrestaurant verhaftet wurden. Sie sollen bekanntlich die illegale Kampfleitung der K.P. Württembergs gewesen sein. Der bekannte kommunistische Freiher von Kupprecht hatte bereits vor den Stuttgarter Gerichten versucht, die Angeklagten ins Zuchthaus zu werfen. Damals erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von je 8 Monaten. Bei der Berufungsverhandlung erklärte sich das Gericht für unzulässig und verwies die Sache an den Staatsgerichtshof. Ob der Reichstagsabgeordnete Steiter mit abgeurteilt werden kann, ist fraglich, da der Reichstag bis jetzt keine Immunität nicht aufgehoben hat. Jedenfalls steht ein neuer Zuchthausprozess bevor.

Die Not der großen Landwirte.

Wenn man eine Landhündzeitung in die Hand bekommt, so könnte man wahrhaftig glauben, die nieder- und oberösterreichischen Junfer verhungern und tragen das letzte Hemd auf dem Weibe. Sie sind nicht unhandelt, Landarbeiterlöhne und Düngemittel zu bezahlen.

Zur richtigen Zeit erläßt daher das Stiefstoff-Syndikat in der Presse eine Mitteilung, wonach der Gehalt der Ähren im letzten Jahr außerordentlich hoch ist und man deshalb die Ähren zu je 100 Lagen und 100 Centner ablieferung genügt worden sind.

Nach dieser Mitteilung besteht kein Zweifel mehr. Die Ährenarbeiter und Großpächter haben Geld, bei dem Stiefstoffsyndikat muß nämlich wenigstens ein Viertel aller Rechnungen sofort bar bezahlt werden, dann erhält der Junfer noch 7% Prozent Rabatt.

Sie sieht es aber bei unseren kleinen und Mittelbauern aus. Haben sie auch schon ihren Bedarf an Rindmehlern vollkommen gedeckt? Sind sie auch tatsächlich ein Viertel der Befüllung sofort zu bezahlen und erhalten sie von dem Anzücker-Syndikat auch Rabatt?

Sobald wir unterrichtet sind, werden sie ihren Bedarf nach der Ernte erst decken können, wenn der Sommerabbatt von 21% Prozent nicht mehr gewährt wird und man von ihnen trotzdem Barzahlung verlangen wird.

Die Forderung der Kommunisten lautet deshalb: Staatliche Zuteilung der erforderlichen Rindmehlern zu verbilligten Preisen. Festlegung dieser Preise, Kontrolle und Verteilung durch die Kleinbauern-Organisationen.

Wie uns bekannt ist, hat die „Kommunistische“ der Landwirte, Giebler und Pächter, bereits Anträge im obigen Sinne sowie auch wegen Zuteilung von Getreidemehl gestellt. Das Bündnis der Arbeiter und armen Bauern wird aber diesen Forderungen erst den nötigen Nachdruck verleihen.

Der Stundenlohn.

Die „Be.“ am Abend“ veröffentlicht folgende sehr interessante Stundenlohnabelle, aus der jeder Arbeiter die notwendigen Schlüsse ziehen mag.

Der Stundenlohn beträgt:

für den Herrn Richter	11 — M.
für den Beamten Gruppe 13	2 — M.
für den Metallarbeiter	— 44 M.
für den Beamten Gruppe 2	— 30 M.
für den Eisenarbeiter	— 09 M.
für den Arbeiterabteilenden	— 06 M.

Wir empfehlen den Arbeitern nachzugehen, was sie sich für den Stundenlohn an Lohnforderungen herausrechnen und was ein Richter kosten kann. — Ein Beitrag zur „sozialen“ Gewerkschaft in der deutschen Republik!

Gewerkschaft

An die Arbeiterschaft! An die Betriebsräte!

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten, wir fordern die Betriebsräte auf, in allen Betrieben und Werkstätten Stellung zu nehmen

gegen die Schandurteile der bürgerlichen Gerichtshöfe,

insbesondere des Staatsgerichtshofes, die gegen revolutionäre Arbeiter und Soldaten ausgeprochen werden.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Niedner, proklamiert die Berechtigung des Mordes gegen revolutionäre Arbeiter. Die Rudendorff und Konforten laufen frei herum, Arbeiter dagegen werden zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt. Dies alles genügt den Richtern der Bourgeoisie jedoch nicht. Die Tribüne des Staatsgerichtshofes bemühen sie dazu, um eine Mordehe gegen angelegte Proletarier zu inszenieren.

Sozialdemokratische Arbeiter und Betriebsräte! Wie lange wollt ihr dulden, daß eure Führer, die als Beisitzer am Staatsgerichtshof tätig sind, sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse veräußern? Wie lange wollt ihr dulden, daß die eurer Partei angehörenden Beisitzer, die Brandes, Jädel, Wessel u. a. ohne ein Wort des Protestes eine derartige offene Rechtsbeugung hinnehmen?

Vereinigt euren Ruf mit dem eurer kommunistischen Genossen zu einem millionenfachen Protest.

Die Einheitsfront aller Arbeiter muß gebildet werden.

Nieder mit der Klassenjustiz!

Hinweg mit Niedner!

Heraus mit den 7000 politischen Gefangenen!

Es lebe der Kampf des Proletariats!

Zentralkomitee der Betriebsräte Deutschlands.

Die „Volksmacht“ gegen die Einheitsfront.

Der 3. Kongress der R.G.Z. hat eine Resolution angenommen, nach welcher der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale unter bestimmten Bedingungen eine Vereinigung vorgeschlagen wird.

Die deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer, die Sozialdemokratie mit ihren Zeitungen, darunter die Breslauer „Volksmacht“ sind über diese „neue Satire der Moskauer“ wie sie so schön schreiben, ganz aus dem Häuschen geraten. Sie fürchten, daß durch eine internationale Einigung die Kommunisten in den Gewerkschaften die Führung gewinnen und daß sie mit der bequemen Methode des Ausflüchtens aufhören müssen.

Bei ihren Argumenten versteigt sich die „Volksmacht“ zu äußerst kindlichen Behauptungen, wenn sie sagt: „Die Einheitsfront konnte von den Kommunisten nur deshalb zerrüttet werden, weil mit dem plötzlichen Zustrom der unorganisierten Massen zu den Gewerkschaften nach dem Kriegsende eine große Verwirrung entstand.“

Bereits während des Krieges machten die revolutionären Arbeiter Opposition zu der „Burgfriedenspolitik“ der Legien, Leipart und Konforten und verlangten eine andere Gewerkschaftsführung, die den Klassenkampfcharakter beizubehalten.

Zu dem ganzen Geschwafel der „Volksmacht“ Stellung zu nehmen, erübrigt sich. Wir erinnern nur die Arbeiter daran, daß wir mit unseren verschiedenen Gewerkschaftsaktionen während der letzten zehn Jahre stets das eine Ziel im Auge hatten, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganisationen zu machen, und die Hunderte von Reichs- und Württemberg, die sich dagegen stemmten, aus den Gewerkschaften zu verdrängen, welche den Arbeitern nie die Wahrheit sagen, denn die Arbeiter sind nur mit der Peitsche zu regieren.“

Es ist kennzeichnend für die Verlogenheit, für die Gemeinheit der „Volksmacht“ und ihrer Freunde, daß sie Fimmen den Führer der Internationalen Transportarbeiter, der gegen das Sachverständigen-Gutachten gesprochen hat, der für die Aufnahme der revolutionären Gewerkschafter der R.G.Z. in die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eintritt, als einen Mann hinstellen, dem das Herz mit der Ueberlegung durchgeht. Anders wissen sie sich nicht zu helfen. Fimmen ist kein Mann, der sich durch die „Vagenmethoden“ der Kommunisten überbieten läßt. Der internationale Sekretär des Transportarbeiterverbandes sieht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sieht die Kämpfe der Arbeiterschaft anders als die beschränkten Geister der „Volksmacht“.

Die Einigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird kommen, trotz des Geschreis der Sozialdemokraten. Die reformistischen Gewerkschaftsführer vom Kaiser Reichs- und Württemberg werden dabei purzeln und dann wird die Bahn für die letzten Machtkämpfe frei sein.

Schwarze Listen.

Neben der allgemeinen Offenheit der Unternehmer auf Abbau der Tariffrage, auf Einführung des 10 und 11-Stundentages führen diese Ausschücker auch jetzt wieder die bekannten schwarzen Listen ein, um entlassenen, mißliebigen Arbeitern das Unterkommen in einem anderen Betriebe unmöglich zu machen.

Die schwarzen Listen sind nach dem Kriege verboten worden, die Unternehmer halten sich aber nicht an dieses Verbot. Um mit den Gewerkschaften nicht in Konflikt zu kommen, haben sie jetzt ein neues System ausgedacht, um sich die „Seher“ aus den Betrieben fernzuhalten. Bei Empfang von Entlassungspapieren muß jeder Arbeiter auf nachstehendes Zeichen achten: die bedeuten: A — eigener Wunschk, B — unbrauchbar, unfähig, unzuverlässig, C — laul, D — Krantheit, E — überzählig, F — Einigung des Betriebes, G — freiwilliger Austritt, H — Dienstreue ohne Entschuldigung, I — fortgesetzte Unpünktlichkeit, K — Arbeitsverweigerung, L — unbefugtes Verlassen der Arbeitsstätte, M — Strafbewehrung, N — Beleidigung, O — Sachbeschädigung, P — Widerrechtlichkeit, Q — Züchtigkeiten, R — Betrug und Unterschlagung, S — Diebstahl, T — Entwendung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Diese Zeichenentwürfe gelten für die gesamten Unternehmerorganisationen und jeder Arbeiter kann an Hand dieser Angaben selbst unteruchen mit welchen „Empfehlungen“ seine Papiere versehen sind. Er wird sich dann erklären können warum er nirgends Arbeit bekommt. Findet ein Arbeiter solche Zeichen auf seinen Entlassungspapieren, so muß er sofort beim Unternehmer Reklamation verlangen, andernfalls er Klage wegen Schandensatz beim Gewerbegericht einreichen muß. Die Gewerkschaften sind zu zwingen, den betr. Arbeiter beim Gewerbegericht zu vertreten. Darüber hinaus muß in Betriebs- und Belegschaftsversammlungen zu solchen Vorwommnissen Stellung genommen und die Unternehmer gezwungen werden solche Maßnahmen zu unterlassen.

Gammelt „Notte Hilfe“!